

# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Veranstalter Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschreiben besonders.



Postfachkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Unterhaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 107

Montag, den 7. Mai 1928

35. Jahrgang

## Chronik des Tages.

Bei der feierlichen Promotion des Reichsaussenministers Stresemann und des amerikanischen Botschafters Schuman in Heidelberg wurden hochpolitische Reden über den Kriegsschuldenspaß gehalten.  
Der Bischof von Hildesheim, Dr. Ernst, ist im Alter von 64 Jahren gestorben.  
In Tsinanfu sollen bei den Plünderungen südchinesischer Truppen 300 japanische Einwohner getötet worden sein.  
In einem Bergwerk der Strandminen in der Nähe von Johannesburg wurden durch Absurz eines Förderkorbes 13 Eingeborene getötet und fünf schwer verletzt.  
In den deutsch-holländischen Grenzbezirken wütet ein Moorbrand, der unübersehbaren Schaden anrichtet.  
In Gladbeck drangen am hellen Tage drei maskierte Räuber in die Reichsbankstelle ein, schloßen einen Beamten nieder und entkamen unerkannt mit dem gesamten Geld.  
Die neu gegründete Stadt Lojong in der kanadischen Provinz Saskatchewan soll den Namen Kijmaurice erhalten.

## Kriegsgefahr im Fernen Osten.

Seit einigen Wochen kommen wieder einmal allenthalben alarmierende Nachrichten aus dem Fernen Osten. Allerdings stammen die Berichte fast ausschließlich aus englischer und japanischer Quelle, so daß man sie mit einer gewissen Vorsicht aufnehmen muß. Im Mittelpunkt der Ereignisse in Ostasien steht die chinesische Stadt Tsinanfu, die Hauptstadt der Provinz Schantung, in der zur Zeit heftige Kämpfe zwischen den chinesischen Südruppen und dem vor kurzem in Tsinanfu gelandeten japanischen Expeditionskorps entbrannt sind. Die Lage in Tsinanfu hat sich in den letzten Tagen so zugespitzt, daß daraus nur allzulebte ein erster Konflikt zwischen den beiden ostasiatischen Staaten China und Japan entstehen kann, bei dem die übrigen im Fernen Osten interessierten Mächte Amerika, England und Rußland kaum tatenlos beiseite stehen dürften.

Wie alljährlich, waren mit Beginn des Frühjahres auch diesmal die inneren Kämpfe in China wieder aufgelebt, und zwar hat es den Anschein, als ob in diesem Jahre die Entscheidung in dem Kampf um die Macht in China fallen soll. Im Gegensatz zu früher, wo oft ein halbes Duzend Generäle miteinander um die Herrschaft rang, sind es gegenwärtig nur zwei große Parteien, die den Endkampf unter sich ausfechten. Im Norden herrscht der Machthaber von Peking und der Mandschurei, Marschall Tschangtschulin, während im Süden die Nationalisten unter Führung des Generals Tschangkaischang weite Gebiete Chinas ihrer Herrschaft unterworfen haben. Im Laufe des vergangenen Jahres hatte die Südarmerie bekanntlich große Erfolge erzielt. Schanghai, der wichtigste Hafen- und Handelsplatz Chinas, fiel in die Hände der Nationalisten, die ihren Siegeszug immer weiter fortsetzten und erst bei Einbruch der Winterzeit an der Südgrenze der Provinz Schantung Halt machten. Nach mehrmonatiger Winterpause setzten die Kämpfe Anfang April wieder mit voller Schärfe ein. Während Tschangtscholin sich mit kleineren Vorstößen gegen einzelne über den Hoangho, den „Gelben Fluß“, vorgeführte Abteilungen der Südarmerie begnügte, leitete der Führer der Südruppen Tschangkaischang zusammen mit dem General Feng eine große Offensive ein, deren Ziel Tsinanfu, die Hauptstadt Schantung war. Trotz erbitterter Gegenwehr der Nordtruppen wurde die Stadt am 1. Mai von den Hauptkräften Tschangkaischangs besetzt. Damit waren die Südruppen am Hoangho angelangt, und wenn es ihnen gelingt, diese letzte Verteidigungslinie Tschangtscholins zu überschreiten, dann steht ihnen der Weg durch die ebene Provinz Schantung offen, und der Fall Peking kann nicht mehr lange auf sich warten lassen, allerdings mit der einen Einschränkung, daß die Südarmerie nicht durch eine dritte Macht in ihrem Siegeszug unterbrochen wird. Und diese Möglichkeit ist bereits gegeben.

Vor einigen Wochen hat nämlich die japanische Regierung in Tsinanfu, dem bekannten Hafen des ehemaligen deutschen Schutzgebietes Kiautschau, etwa 3000 Mann gelandet und in Eilmärschen nach Tsinanfu entsandt, um dort den Schutz der Schantungsbahn und der japanischen Handelsinteressen zu übernehmen. Sowohl die Peking-Regierung als auch die Nationalisten erhoben sofort Einspruch gegen diese Einmischung Japans in die inneren chinesischen Angelegenheiten Chinas und lehnten die Verantwortung für etwaige Folgen ab. Diese Folgen haben nicht lange auf sich warten lassen. Kurz nach der Einnahme Tsinanfus kam es bereits zu ersten Zusammenstößen zwischen den Japanern und den Südruppen. Schließlich erklärte es dem japanischen General Katada, der die

japanischen Truppen in Tsinanfu befehligt, mit Tschangkaischang zu einer Vereinbarung zu kommen, auf Grund deren die Chinesen die japanische Siedlung räumen sollten. Diese Vereinbarung ist jedoch nur kurze Zeit eingehalten worden. Nach einigen Stunden versuchten chinesische Truppen die Siedlung zu stürmen. Der japanische Sicherheitsgürtel wurde durchbrochen. Die Japaner wurden unter Zurücklassung von Verwundeten zum Rückzug gezwungen und verbarrikadierten sich am Ausgang der Stadt. Die japanische Stellung soll den ganzen Tag über von chinesischen Truppen umzingelt gewesen sein. Während dieser Umzingelung befand sich die 3000 Mann starke japanische Abteilung in einer kritischen Lage gegenüber den 40 000 Chinesen. Infolge Zerstörung der über den Gelben Fluß führenden Brücke konnten die aus Tientsin eintreffenden japanischen Verstärkungen ihren Kameraden bisher nicht zu Hilfe kommen.

In Tokio herrscht deshalb große Besorgnis. Die japanische Regierung hat sofort die Entsendung von Verstärkungen angeordnet. In mehreren Transporten sind weitere 5000 Mann in japanischen Schiffen nach Tsinanfu eingeschifft worden. In Dairen in der Mandschurei ist eine gemischte japanische Brigade von 2000 Mann auf dem Wege nach Tsinanfu verschifft worden. Aus Korea ist eine japanische Fliegerabteilung unterwegs, aus Tientsin ein Panzerzug. Die japanische Admiralität hat weitere Kriegsschiffe nach verschiedenen Häfen Chinas detachiert.

Es sieht also ganz danach aus, als ob im Osten ein neuer Kriegszustand entflammen soll. Wenn der Zwischenfall von Tsinanfu tatsächlich ernstere Folgen haben sollte, dann ist Japan nicht von einer Schuld freizusprechen, denn die japanische Regierung mußte von vornherein damit rechnen, daß die Entsendung eines Expeditionskorps mitten zwischen die kämpfenden chinesischen Armeen zu einem blutigen Zusammenstoß führen mußte. Ja, es liegt der Verdacht nahe, daß Japan die kriegerischen Verwicklungen in Schantung nur dazu benutzen wollte, um sich von neuem dort festzusetzen, nachdem es sich vor einigen Jahren unter dem Druck der übrigen Mächte von dort zurückziehen mußte. Auch jetzt deutet die Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe nach Tsinanfu darauf hin, daß Amerika es nicht zulassen wird, wenn Japan endgültig in der Provinz Schantung Fuß fassen würde.

## Die Japaner bei Tsinanfu geschlagen.

Der Befehlshaber verübt Selbstmord.

Nach den letzten Meldungen aus Tokio sollen die japanischen Besatzungstruppen, die sich seit Tagen bei Tsinanfu in schwerem Kampf mit überlegenen Kräften der chinesischen Südarmerie befanden, durch Munitionsmangel gezwungen worden sein, die Waffen zu strecken. Ihr Befehlshaber verübte Harakiri. Das japanische Oberkommando hat Verstärkungen entsandt, um die Entwaffneten wieder zu befreien. Die japanische Regierung hat beschloßen, die Beziehungen zur Kaifung-Regierung abzubrechen und den Generalkonsul abzuberufen.

## Poincaré und das Elsaß.

Eine Rede des Ministerpräsidenten in Straßburg.

Auf der Generalversammlung der Vereinigung der elsässischen Universitätsfreunde in Straßburg hielt Poincaré eine Rede, in der er behauptete, daß die Universität Straßburg in den wenigen Jahren, seitdem das Elsaß wieder französisch geworden sei, sich zu einer der berühmtesten französischen Universitäten entwickelt habe.

Unter Bezugnahme auf den Prinzen Alexander von Hohenlohe und seine Schriften behauptete Poincaré, daß die deutsche Universität Straßburg in keiner Weise die Assimilierung zwischen dem Elsaß und Deutschland vorbereitet habe. Die deutsche Universität Straßburg habe in einem Lande, das dem deutschen Einfluß sich entzogen habe, eine erbitterte und verzweifelte Propaganda getrieben. Auch sei die deutsche Universität nicht von der elsässischen Bevölkerung besucht worden.

Prinz Alexander von Hohenlohe hätte kurz vor seinem Tode den Wunsch ausgesprochen, daß seine ehemaligen Wähler im Elsaß unter der französischen Fahne endlich den Frieden und die Ruhe finden möchten.

Damit dieses Ergebnis niemals erreicht werde, ist es vor allem notwendig, daß weder in Frankreich noch außerhalb Frankreichs jemand den Versuch macht, in irgendeiner Form die endgültige Rückkehr Elsaß-Lothringens an die große französische Gemeinde in Frage zu stellen.

## Was geht in Rumänien vor?

Der Marsch der Bauern. — Appell des Kronprinzen.

Die großen Bauernversammlungen in Rumänien, die auf den gestrigen Sonntag einberufen waren, haben stattgefunden. Die Bauern haben einen Eid geschworen, im Kampfe gegen die kaisertreue Regierung nicht nachzulassen. Inzwischen verhandelt ihr Führer Maniu mit der Regierung Bratianu und dem Regenschichtersrat. Die Lage ist noch völlig ungeklärt. Es kann zu einer völligen Umwälzung in Rumänien kommen. Bezeichnend dafür ist, daß der entthronte Kronprinz von Rumänien, Prinz Carol, der Vater des kleinen Königs Michael, ein Manifest an die Rumänen erlassen hat.

Das Manifest des Kronprinzen.

In einem von Londoner „Daily Express“ abgedruckten Manifest an das rumänische Volk erklärte Prinz Carol an alle Rumänen, sich um die Wahrung ihrer Rechte zu bemühen: freie Wahlen, Abschaffung der kaisertreuen Regierung und Verwirklichung der politischen Freiheit. Die Wahrung der Monarchie und die Wahrung der Einheit des Landes seien die Hauptziele.

Enke Lage.

Aus Rumänien kommen keine Nachrichten. Die Lage ist für jeden Verkehr gesperrt. Die kaisertreue Regierung hat auf dem Marsche nach der Hauptstadt die Regierung des Militärs und Gendarmen eingesetzt, um auf alle Fälle gewappnet zu sein. Brücken über den Fluß in der Gegend der Bauern Einhalt zu tun.

## Das Urteil im Femeoprozeß.

Zuchthaus wegen Totschlags.

In dem Stettiner Femeermord-Prozeß hat das Landgericht des Stettiner Schwurgerichts am Sonnabend nachmittag folgendes Urteil:

Es werden verurteilt der Angeklagte Heine wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus, die Angeklagten Ottow und Fraebel wegen des gleichen Verbrechens zu 4 bzw. 3 Jahren Zuchthaus.

Bevor das Gericht sich zur Beratung zurückzog, erteilte der Vorsitzende den Angeklagten das letzte Wort. Der Angeklagte Heine, der als einziger sprach, beteuerte nochmals, daß er einen Mord nicht begangen habe. Für das, was er getan habe, sei er klar und offen eingetreten. Er habe es im guten Glauben für sein Vaterland getan und diesen Glauben wird ihm auch der härteste Schicksalsschlag nicht aus dem Herzen reißen.

Die Begründung des Stettiner Urteils.

Keine mildernden Umstände.

In der Begründung des Urteils gegen die Femeermörder wird erklärt, daß Heines seine Tat im Affekt begangen habe. Er habe aber den Anweisungen seines Führers Roßbach zuwidergehandelt, der angeordnet hätte, daß Verräter vor das Standgericht zu stellen seien. Dagegen hätte Ottow auf Befehl seines Vorgesetzten Heines gehandelt. Aber er habe gewußt, daß er bei Ausführung des Befehls eine strafbare Tat begehen würde. Zugabe sei, daß sich die Roßbacher als Soldaten gefühlt hätten und auch dazu berechtigt gewesen wären.

Das Gericht habe den Angeklagten mildernde Umstände versagen müssen. Wenn auch die Motive vaterländischer Natur gewesen wären, sei doch die Lösung mit einer an Mord grenzenden Verwerflichkeit begangen. Deshalb sei bei Heines auf das höchste Strafmaß erkannt. Im übrigen spreche sich das Schwurgericht einstimmig dafür aus, daß für die Verurteilten in weitgehendstem Maße das Begnadigungsrecht angewandt werden möge.

## Politische Rundschau.

Die sozialdemokratischen Wahlvorschläge.

Berlin, 7. Mai. Von der sozialdemokratischen Partei sind u. a. folgende Wahlvorschläge aufgestellt worden. Für den Reichstag: Hermann Müller-Franken, Otto Wels, Arthur Crispian, Rudolf Hilferding, Marie Ruchacz, Dr. Paul Herß, Otto Landsberg.